Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,4 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 261. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 7. November 1928

Vor zehn Jahren.

II.

Und drinnen?

Untersuchungskommissionen sind eingesetzt worden, vielbändige Protokolle entstanden über deren Arbeit, was alles das Ende draußen und daheim herbeigeführt habe. Das Resultat? Ebenso zwiespältig wie damals sind auch heute noch die Ansichten.

Zermürbt die Körper, zermürbt die Geister. Auch auf denen, die in der Heimat waren, lasteten die Kriegsnöte der mehr als vier Jahre in furchtbarer Härte. Auf Mann und Weib, Greis und Kind. Der — Hunger! Grau die Gesichter und hager der Leib. Die aufs äußerste durchgebildete Organisation vermochte nicht mehr heranzuschaffen als da war, führte bei dem dumpfen Drange nach dem Leben-zu-wollen häufig genug auch zur Verheimlichung, zu Schleichpfaden. Dazu die unerhörte harte Arbeit — namentlich der Frauen — für die Kriegsbedürfnisse. Mangel nicht, nein, grause, schwere Not überall bis dort, wo „hintenherum" der Geist des Egoismus sättigende Nahrung fand. Als vor kurzem in Berlin die „Ernährungsausstellung" stattfand, da sah man in ihrer historischen Abteilung alle jene „Ersatz"-mittel wieder, die der durch Not emporgepeitschte erfinderische oder — spekulative Geist gemacht hatte und die doch kein wirklicher Ersatz waren und sein konnten. Wie ein Ring hatte sich die Hungerblockade um den Hals der Mittelmächte gelegt und das Wort von der „englischen Krankheit" erhielt eine furchtbare Bedeutung.

*

Dazu die immer hoffnungsloser werdenden Nachrichten von den Fronten! Vier Jahre lang hatte die Sorge um Angehörige Millionen deutscher Familien gedrückt; das schwere Los der Hinterbliebenen konnte leichter getragen werden, solange noch Hoffnung war, daß der Mann, Vater oder Sohn um Sieg, nicht vergebens gerasten war. Auch damit war es vorbei. Die Massen waren fertig. Waren ausgehungert, trugen ihr Schicksal in dumpfer Verzweiflung. Demgegenüber boten die 14 Punkte Wilsons eine geringe Aussicht, wenigstens einigermaßen, wenn auch unter schweren Verlusten, herauszukommen aus der Not. Aussicht auf einen, wenn auch schmerzvollen, Frieden. Aussicht auf — Brot. Überhaupt — Aussicht, irgendwelche Aussicht. Das erschlug den letzten inneren Widerstand.

*

Und dann — keine Führung. Innenpolitische Kämpfe schon seit vielen Monaten, Streiks mit oft politischen Forderungen zeugten davon, daß es mit dem inneren Burgfrieden längst vorbei war. Am Steuerruder des Staates keine feste Führerhand mehr, sondern ein vielköpfiges, häufig zerspaltenes Kriegskabinett, dem der Kaiser schon auch offiziell die Macht übertragen hatte. Wirrnis, wohin man sah. Wie die Mißstimmung wuchs und emporgetrieben wurde, warum sie immer fühlte, oben keinen Widerstand mehr zu finden, und ihn schließlich auch nicht gefunden hat, und wer sie zur Explosion brachte, — ebenso viele Fragen wie Streitfragen auch heute noch. Die Massen hielten sich einfach an das, was war; und das war nun einmal die Tatsache, daß wir äußerlich wie im Innern vor dem Zusammenbruch standen. Und man suchte Schuldige. Aber auch hier die Pilatusfrage, die achselzuckende: Was ist Wahrheit?

*

Aber zahllose Maßregeln hatten nun doch dazu geführt, daß in den entscheidenden Oktobertagen die engere Verbindung zwischen den „Regierenden" und den Massen tatsächlich nicht mehr da war, jene von diesen als das Friedenshindernis angesehen wurden. Die Abdankung des Kaisers wird gefordert als des sichtbaren Trägers dieser Regierung. Gefordert von der Sozialdemokratie als der größten Massenpartei, als jahrzehntelanger Gegnerin eines Systems, dem jetzt die Kraft nicht mehr innewohnte, einen Weg aus dem hereingebrochenen Verderben zu finden. Dumpf grollte schon die Revolution, zu der Rußland das erste Signal gegeben hatte. Das Habsburgerreich war schon zerbrochen — ein zweites Signal. Und wenige Tage noch, da stand Deutschland in Flammen.

Unsagbar Großes hatten das deutsche Volk und das deutsche Heer geleistet; unsagbar schwer mußte jetzt die Gegenwirkung werden, als man sich nicht mehr verhehlen konnte, daß alles, Not und Tod der Millionen, umsonst gewesen war. Nicht vom Feind ist Deutschland geschlagen, sondern vom Hunger besiegt worden.

Dr. Pritze.

Brüssel Tagungsort der Reparationskonferenz?

Paris, 6. November. Der „Temps" glaubt zu wissen, daß infolge der fehlenden Uebereinstimmung Paris oder Berlin als Tagungsort der Finanzsachverständigenkonferenz zu wählen, man als Ausweg Brüssel vorschlagen werde, wie dies bereits des öfteren in der französischen Presse erwähnt wurde.

Rücktritt der französischen Regierung

Poincarés Kabinett demissioniert.

Der Staatspräsident nimmt den Rücktritt an.

Ministerpräsident Poincaré richtete ein Schreiben an den Staatspräsidenten Doumergue, in dem er den Gesamtrücktritt des Kabinetts erklärt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Ich habe soeben von meinen Kollegen Herriot, Queuille, Perrier und Sarraut das beigefügte Rücktrittsschreiben erhalten. In der Absicht, eine Zusammenarbeit zu erhalten, die ich für das öffentliche Wohl für nützlich hielt, habe ich seit langem gesagt, daß, wenn irgendeines der Kabinettsmitglieder zurücktreten sollte, ich mich gezwungen sehen würde, unsere Gesamtdemission zu geben. Ich habe daher die Ehre, sie Ihnen zu überreichen." Staatspräsident Doumergue hat die Demission angenommen. Unmittelbar darauf ging der Gesamtdemission ein Besuch der radikal-sozialistischen Minister Herriot, Sarraut, Perrier und Queuille bei dem Ministerpräsidenten, bei dem sie Poincaré ihr Rücktrittsgesuch überreichten.

Poincaré.

Sie hatten bereits an dem morgens unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik in Elysée stattgefundenen Ministerrat nicht mehr teilgenommen. Die Arbeiten zur Neubildung des Kabinetts sind sofort begonnen worden.

*

Die Ursachen der Krisis.

In Paris herrscht natürlich ungeheure Aufregung und auch in allen politischen Kreisen des Auslandes muß die plötzliche Krisis in Frankreich die angestrengteste Aufmerksamkeit auf sich lenken. Poincaré hatte bereits in den letzten Tagen erklärt, daß er sein angefochtenes Finanzprogramm unter Umständen mit der Drohung des Rücktritts bei etwaigen Abänderungsversuchen durch die Kammer verteidigen werde. Aber den eigentlichen Ausschlag für die letzte Entwicklung gab doch der Parteitag der Radikalsozialisten in Angers. Unter Führung des vielgenannten Caillaux unternahm der linke Flügel der Radikalen bei Schluß des Kongresses noch einmal einen Vorstoß gegen das Kabinett Poincaré, das sich als ein Ministerium der nationalen Einigung bezeichnete. Der Vorstoß gelang und es wurde eine Resolution angenommen, in der der Kongreß dem von dem linken Flügel propagierten Mindestprogramm zustimmte, dessen Durchführung mit der Aufrechterhaltung des jetzigen Kabinetts nicht zu vereinbaren sei. Man glaubte schon, daß nunmehr das Schicksal des Ministeriums entschieden sei. Aber dem geschickten Eingreifen einiger mehr gemäßigter Führer gelang es nochmals, eine mildere Fassung an die Stelle der erstangenommenen zu rücken. Immerhin blieb auch hier erhalten die Forderung nach Wiederannäherung der Völker, internationaler Eintracht und die endgültige

Beseitigung aller Folgen des schrecklichen Krieges.

Achtung vor dem Gewerkschaftsrecht, Ausbreitung der Kollektivarbeitsverträge, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, Teilnahme der Arbeiter und Angestellten an den Unternehmungen, gerechtere Form der Besteuerung (was sich besonders gegen Poincaré richtet) usw. werden verlangt. Schließlich wird ausgedrückt, daß der Kongreß die Erfüllung dieser Forderungen von dem bisherigen Kabinett der nationalen Einigung nicht erwarten könne. Damit war für die radikalsozialen Minister auch keine Möglichkeit mehr, bei Poincaré zu verbleiben; sie traten zurück und führten so den Gesamtsturz des Kabinetts herbei.

Ob es Poincaré nochmals gelingen wird, mit einer anderen Konstellation an seinem Platze zu verbleiben und auch in der Kammer demnächst eine Mehrheit an seine Person zu fesseln, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

*

Ungeklärte Lage.

Paris, 6. November. In den Wandelgängen der französischen Kammer nahm man in den Nachmittagsstunden des Dienstag allgemein an, daß die regierungslose Zeit einige Tage dauern werde und vermutlich erst am Wochenschluß ihre Lösung finden wird. Auch in den Abendstunden waren die für einen Ministerpräsidenten am meisten genannten Namen Poincare, Briand und Tardieu.

*

Der französische Kabinettssturz hat England überrascht.

London, 6. November. Der Sturz des französischen Kabinetts kam allen politischen Kreisen in England völlig unerwartet. Die Nachricht von dem Rücktritt des Kabinetts selbst wurde, wie in allen Pariser Berichten hervorgehoben wird, mehrere Stunden zurückgehalten. Die Abendblätter enthalten sich vorläufig noch jeden Kommentars und beschränken sich auf eine ausführliche Berichterstattung über die mit dem Rücktritt zusammenhängenden Vorgänge. An der Börse hatte der Sturz Poincares bereits eine starke Auswirkung. Alle französischen Anleihen und Bonds fielen um mehrere Punkte. Die französischen Werte wurden durchweg beträchtlich angeboten.

Die Regierung der südafrikanischen Union zurückgetreten.

London, 6. November. Die südafrikanische Regierung ist, nach Berichten aus Kapstadt, Dienstag mittag zurückgetreten, nachdem ein letztes Ultimatum General Hertzogs an den arbeiterparteilichen Postminister Madeley, in dem dessen Rücktritt für spätestens Dienstag mittag 11 Uhr gefordert wurde, von diesem nicht beachtet wurde. Das neue Kabinett in seiner alten Zusammensetzung mit dem arbeiterparteilichen Abgeordneten Sampson als Postminister und Nachfolger Madeleys ist bereits nachmittags vereidigt worden.

Der Arbeitsstreit im Ruhrgebiet.

Längere Dauer des Konflikts?

Weder bei den Arbeitgebern noch bei den Gewerkschaften der Metallindustrie ist vorläufig etwas davon bekannt, daß von dritter Seite Vermittlungsversuche in Sachen der Aussperrung unternommen werden. Mit der Feststellung des Termins für die Klage vor dem Arbeitsgericht in Duisburg auf den 16. November haben sich sowohl die Arbeitgeber als auch die beklagten Gewerkschaften in Duisburg einverstanden erklärt. Die Lage ist ruhig. Man rechnet nunmehr damit, daß bis zur Beendigung des Streikes längere Zeit verstreichen wird.

Kundgebung vor dem Düsseldorfer Rathaus.

In Düsseldorf fand eine Demonstration von Angehörigen des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Der Zug, an dem sich etwa 2500 Menschen beteiligten, zog vor das Rathaus. Eine Abordnung machte beim Beigeordneten Dr. Haas ihre Forderung auf Fürsorgeunterstützung geltend.

Hilfsmaßnahmen für die Metallarbeiter.

In der Vorstandssitzung der Dortmunder Stadtverordneten wurde beschlossen, den ausgesperrten Metallarbeitern die gleiche Unterstützung zu gewähren wie den Bergarbeitern bei dem Streik im Jahre 1924, d. h., es wird den Ausgesperrten keine geldliche Unterstützung gewährt, sondern sie erhalten Gutscheine für Lebensmittel, die durch die Gewerkschaften und die Betriebsräte den Ausgesperrten zugestellt werden.

Die Bergarbeiter mit den Metallarbeitern solidarisch.

Wie von den Vereinigten Stahlwerken mitgeteilt wird, müssen infolge Absatzmangels verschiedene Zechen Feierschichten einlegen. Der Betrieb ruht auf den Zechen Fürst Hardenberg, Holland 2, Germania 1 bis 2, Tremonia und Erin. Der Betrieb wird auch weiterhin auf 50 bis 60 Prozent eingeschränkt, so daß durchschnittlich jede Zeche jeden zweiten Tag eine Feierschicht einlegen muß.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF